

Antworten der Tierschutzpartei (Partei Mensch Umwelt Tierschutz) Landesverband Hessen

1. Tierschutzmissstände in Schlachtbetrieben

Eine unzureichende Betäubung sowie die unsachgemäße Schlachtung von Tieren waren in den vergangenen Jahren wiederholt Gegenstand von Studien und Medienberichten.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese gravierende Tier-schutzproblematik in Schlachtbetrieben unverzüglich unterbunden wird?

Ja, wir werden diese Missstände schnellstmöglich beseitigen, u. a. indem wir kurzfristig das Akkordschlachten verbieten, eine Videoüberwachung in Schlachthöfen einführen und strengere sowie deutlich häufigere Kontrollen verbindlich machen werden.

Unser mittelfristiges Ziel ist es jedoch, die Massentierhaltung durch eine bio-vegane Landwirtschaft zu ersetzen. Hierzu haben wir ein umfangreich ausgearbeitetes Programm mit konkreten Maßnahmen, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

2. Tierschutzkontrollen

Eine Antwort der Bundesregierung vom 3.7.2018 (BT-DS 19/3195) ergab, dass tierhaltende hessische Agrarbetriebe im Durchschnitt alle 13,8 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

a) Wie bewertet Ihre Partei die derzeitige Kontrolldichte/-frequenz?

b) Befürwortet Ihre Partei halbjährliche Kontrollen von Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

a) Wir bewerten die derzeitige Kontrolldichte/-frequenz als absolut fatal und inakzeptabel.

b) Ja, wir befürworten halbjährliche Kontrollen von Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre, sprechen uns aber für noch deutlich häufigere Kontrollen aus.

3. Tierversuche

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen sowie die wissenschaftliche Aussagekraft umstritten sind. In Hessen wurden 2017 über 162.000 Wirbeltiere für Versuchszwecke getötet.

a) Wird Ihre Partei konkrete Maßnahmen ergreifen (wenn ja, welche), um Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern und die Zahl der für Versuche getöteten Tiere zu reduzieren?

Wir werden Tierversuche, da diese nahezu keinerlei Nutzen für den Menschen haben und ethisch absolut nicht zu rechtfertigen sind, sofort und ausnahmslos verbieten und die dadurch frei werdenden Milliarden an Fördergeldern komplett in die weitere Entwicklung von tierversuchsfreien Methoden wie insb. z. B. dem Organ on a Chip umverlagern.

4. Haustierabschuss

In einigen Bundesländern wie NRW und BW ist der Abschuss von Hunden und Katzen weitgehend verboten. In Hessen werden offiziellen Angaben zufolge jedes Jahr mehrere Hundert Haustiere durch Jäger getötet.

a) Wird sich Ihre Partei für ein Tötungsverbot von Haustieren einsetzen?

Ja

5. Jagdpraktiken

Totschlagfallen stehen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie die Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu langanhaltendem und schwerem Leid führen. Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen. In einigen Bundesländern sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken bereits weitgehend verboten.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, Totschlagfallen zu verbieten?

b) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, die Baujagd zu verbieten?

Wir werden sowohl Totschlagfallen als auch die Baujagd umgehend verbieten.

6. Jagd auf Füchse

In Hessen töten Jäger jedes Jahr weit über 20.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für eine solche massive, landesweite Fuchsbejagung liegen nicht vor. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd für zunächst ein Jahr ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

a) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Jagd auf Füchse?

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Wildtiere wie Füchse nicht mehr flächendeckend ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?

a) Wir lehnen die Jagd generell ab.

b) Ja

7. Lebendiges Kochen von Hummern

Hummer und andere Panzerkrebse haben wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge ein komplexes Nervensystem und sind schmerzempfindlich. Der Schweizer Bundesrat hat nun u.a. basierend auf einer Studie des Schweizerischen Verbandes der kantonalen Tierärzte (ASVC) in diesem Jahr ein Verbot des Kochens von lebenden, unbetäubten Panzerkrebsen beschlossen.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine hessische Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, das Kochen unbetäubter Panzerkrebse bundesweit zu verbieten?

Ja

8. Sachkundenachweis für Hundehalter

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung

gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter?

Um die artgerechte Haltung von Haustieren gewährleisten zu können, ist es dringend erforderlich, eine Art Haustier-Führerschein einzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein Mindestmaß an Wissen über die richtige Ernährung, richtiges Verhalten dem Tier gegenüber und ein Verständnis über dessen Bedürfnisse beim künftigen Tierhalter vorhanden ist und somit dem Tier ein würdevolles und gesundes Leben ermöglicht sowie Probleme mit Mitmenschen vermieden werden. Die heutzutage leider triviale Haustieranschaffung muss durch Aufklärung und Nachweis von Wissen über das gewünschte Tier erschwert werden. Nur wer wirklich verstanden hat, was es bedeutet, sich um ein anderes Lebewesen bis zu dessen Tod zu kümmern und dies mit einem Sachkundenachweis auch belegen kann, sollte die Erlaubnis bekommen, sich ein Tier anzuschaffen. Dieser soll kostenpflichtig sein, außer, wenn das Tier aus dem Tierheim oder als Fundtier adoptiert wurde.

9. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergehen?

b) Plant Ihre Partei Maßnahmen, um eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

a) Wir sehen den hohen Konsum tierlicher Lebensmittel aus den vielfältigen Gründen höchst kritisch.

b) Ja,

wir planen u. a. folgende Maßnahmen:

Deutliche Erhöhung der Steuern auf tierliche Lebensmittel und deutliche Senkung der Steuern auf rein pflanzliche, Aufklärung- und Informationsangebote im Rahmen von Vertretungsunterricht an Schulen, als Thema in Wahlpflichtkursen wie Biologie , Religion und Philosophie, Veganes Kochen als Projektunterricht in Kindertagesstätten und Schulen, als Workshop, in Ferienbegegnungen und Freizeiten und in so genannten nicht nur Sprachlern- sondern auch Sport- & Trainings- Sommer- oder Wintercamps international.

10. Textilkennzeichnung

Stichproben ergaben, dass im hessischen Einzelhandel häufig Echtpelzbekleidung ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Hinweis „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ verkauft und Kunden damit fehlinformiert werden.

a) Wird sich Ihre Partei – etwa in Form von zusätzlichen Kontrollen – dafür einsetzen, die Durchsetzung des Textilkennzeichnungsgesetzes, das bereits seit dem 24.02.2016 in Kraft ist, in Hessen zu verbessern?

Selbstverständlich werden wir zusätzliche Kontrollen bei Textilkennzeichnungen einführen. Zudem wollen wir jedoch den Handel mit Echtpelzbekleidung komplett verbieten.